

# Bonner Bauten: Demokratie und die Architektur der Bescheidenheit

von Philipp Nielsen

Bei der Besichtigung des neu erbauten Kanzleramtes 1977, spottete Bundeskanzler Helmut Schmidt, das Gebäude habe den Charme einer "rheinischen Sparkasse". Im gleichen Jahr beklagte Bundespräsident Walter Scheel das Fehlen einer einheitlichen architektonischen und damit auch politischen Vision Bonns. Zwei Jahre später merkte



Bundesarchiv, B 145 Bild-F044195-0012  
Foto: Reineke, Engelbert | 18. November 1974

© Bundesarchiv, F044195-0012, Foto: E. Reineke

Bundestagspräsident Richard Stücklen an, um die Menschen emotional an die demokratische Grundordnung zu binden, müssten Regierungsgebäude der Demokratie einen "gewissen Glanz" geben – eine Aufgabe, die die Bonner Bauten offenbar nicht erfüllten. [1] Scheel und Stücklen brachten damit eine Ansicht zum Ausdruck, die unter westdeutschen Politikern weitverbreitet war. Weder würde die deutsche Hauptstadt eine emotionale Verbindung zwischen Volk und Regierung herstellen, noch die vierstärkste Wirtschaftsmacht der Welt angemessen repräsentieren. Der 1970 gegründete parlamentarische *Arbeitskreis Bundesbauten* sollte diese Schwäche beheben und Bonn mit einer angemessenen architektonischen Botschaft ausstatten. "Repräsentation wird hier nicht als Monumentalität, Maßstablosigkeit und bauliche Massen verstanden, sondern als eine Darstellung des politischen, ökonomischen und kulturellen Potentials eines Staates." [2] Die provisorischen und beliebigen Gebäude in Bonn erfüllten diese Anforderungen nicht. Sie wirkten leblos und langweilig. Ironischerweise war das von Helmut Schmidt missbilligte Kanzleramt Ergebnis der Arbeit des *Arbeitskreises Bundesbauten* in den 1970er Jahren.

Da der Haushaltsausschuss des Bundestages mit seinem Auftrag, Ausgaben zu kontrollieren, maßgeblichen Einfluss auf Architektur- und Städteplanung hatte, ist die Kargheit der Bonner Bauten wenig verwunderlich. Die Architektur der Gebäude wurde jedoch nicht ausschließlich von finanziellen Aspekten bestimmt. Es ging ihren Planern auch darum, eine emotionale Verbindung zwischen Volk und Parlament aufzubauen. Allerdings wünschten sie im Gegensatz zu Schmidt und anderen keine Architektur, die Ehrfurcht und Bewunderung hervorrief, sondern eine, die verdeutlichte, dass die Regierung bescheiden vor ihren Bürgern stand. [3]

"Bescheidenheit" und weniger "Sparsamkeit" war der Schlüsselbegriff in den Diskussionen um die Repräsentation der Regierung in der frühen Bundesrepublik. Zunächst scheint Bescheidenheit weniger eine Emotion als eine symbolische Praxis zu sein. Allerdings sprechen wir davon, dass wir uns demütig oder gar gedemütigt "fühlen". Schaut man durch die konzeptionelle Brille der Gefühlsgeschichte auf die Debatten um die Bonner Architektur, zeigt sich, dass Bescheidenheit in den Diskurs über emotionale Verbindungen zwischen Regierung und Volk eingeschrieben war. Ihr wurden Stolz, Bewunderung und Einschüchterung gegenübergestellt; Empfindungen, die die Regierungsarchitektur des Dritten Reiches kennzeichneten und die Deutschen sich unterwürfig und demütig fühlen (und daraus folgend auch handeln) ließen. Ob „die Deutschen“ letztendlich wirklich so empfanden, wenn sie sich Regierungsgebäuden gegenüber sahen, ist an dieser Stelle zweitrangig. Wichtig ist, wie westdeutsche Politiker angemessene demokratische Gefühle konzeptionalisierten. Sie waren der Auffassung, dass die Bundesrepublik Bürger brauchte, die sich nicht vor der Macht beugten, sondern sich mit ihr emotional identifizierten, und die fühlten, dass ihre Vertreter in der gleichen Lage waren wie sie selbst. Während die Regierung Bescheidenheit zeigen sollte, sollte der einfache Bürger sich nicht gedemütigt fühlen.

Dieser "Bescheidenheits-Diskurs" und die Debatten um die Architektur der Bonner Regierungsbauten wird erst dann verständlich, wenn man die Geschichte erwünschter und gefürchteter Gefühle berücksichtigt. Der Diskurs zeigt auch, dass nicht nur die Bemühungen vergeblich sind, den Unterschied zwischen "echten" und "gezeigten" Gefühlen auszumachen, sondern dass dies auch für die Unterscheidung von symbolischen Praktiken und emotionalen Praktiken gilt. Zwar wurde Bescheidenheit als symbolische Praktik gesehen, allerdings als eine, die Gefühle wie Mitleid, Zufriedenheit, Vertrauen hervorrief – während sie andere Gefühle wie Ärger, Unmut, Zorn vermied. Auf begrifflicher Ebene ergibt Bescheidenheit ohne Emotionen keinen Sinn.

Der Begriff des "Wutbürgers" ist noch recht jung, allerdings fürchteten deutsche Politiker ihn bereits in den frühen 1950er Jahren. Der christdemokratische Parlamentarier Hermann Pünder unterstrich, dass – obwohl er ein "fanatischer Gegner des Barackenbaus" sei, dem es immer an Zweckmäßigkeit mangle – es einen "guten Eindruck" bei den Wählern hinterlassen würde, wenn diese sähen, dass die Politiker unter ähnlichen provisorischen Umständen lebten und arbeiteten wie sie selbst.[4]

Seine und die Angst seiner Kollegen war es, dass bei Abwesenheit dieser sichtbaren Bescheidenheit das Volk zornig reagieren und die Stabilität der jungen Republik gefährden würde. Ohne bescheidenen Stil kämen sie "in die unmöglichste Lage"[5] und Gespräche "in Ruhe mit dem Volk draußen" wären kaum noch möglich.[6] Diese Debatten der Parlamentarier zeigen damit eine weitere Facette der Verbindung von Emotionen und Demokratie, die nicht nur im Zusammenhang mit westdeutscher Geschichte immer mehr Aufmerksamkeit erhält.[7] Die Diskussionen verweisen darüber hinaus auch auf die wachsende Forschung zu Raum und Emotionen.[8]

Nach den ostentativen Gesten der Machtrepräsentation während des Dritten Reiches, und unter dem Eindruck hoher Arbeitslosigkeit, harter Lebensbedingungen und zerstörter Städte, waren sich die in den Gestaltungsprozess miteinbezogenen Parlamentarier darüber einig, dass die neue Republik besonders maßvoll und bescheiden auftreten solle. Pünder, ehemals Politiker der Katholischen Zentrumspartei in Weimar, verwies diesbezüglich nachdrücklich auf die erste deutsche Republik. Er wusste nur zu genau, dass die "'verruchte' Weimarer Systemzeit" nicht der Standard war, an dem seine Mitparlamentarier und besonders seine Parteifreunde gemessen werden wollten. Nichtsdestotrotz hob er hervor, dass die "Bescheidenheit" der Umstände unter denen der Kanzler und der Präsident gearbeitet und gelebt hätten beispielhaft gewesen sei.[9]

In den Diskussionen um die Gestaltung von Bonn, sowohl in den öffentlichen Plenardiskussionen als auch in den Treffen des Arbeitskreises hinter geschlossenen Türen, bezogen sich die Parlamentarier auf Emotionen, wenn sie die gewünschte – und gefürchtete – Beziehung zu ihren Wählern beschrieben. Sie hofften einen "guten Eindruck" zu hinterlassen, "Verständnis" zu erzeugen und "Unzufriedenheit" und "Unmut" abzuwehren. An den Debatten um die Architektur kann man ablesen, wie sich nach Meinung der Politiker Demokratie anfühlen sollte. Die Mitglieder des Haushaltsausschusses, die für alle Bauprojekte verantwortlich zeichneten, waren parteiübergreifend davon überzeugt, dass sowohl aus historischen Gründen, d.h. wegen der desaströsen Geschichte des Dritten Reiches, als auch aus intrinsisch demokratischen Gründen die neue Republik ihren Bürgern bescheiden gegenüberzutreten müsse. Die neue Hauptstadt Bonn bot die Bühne für die Umsetzung dieser Ansicht. Außer einigen ehemaligen Militärbaracken hatte die grüne Provinzstadt am Ufer des Rheins nur wenige Gebäude, die für eine Regierung geeignet waren. Der Bundestag kam in der früheren Pädagogischen Akademie unter, einem Gebäude, das zwischen 1930 und 1933 im Stil der Neuen Sachlichkeit gebaut wurde. 1949 erweiterte der Architekt Hans Schwippert, der in den 1920ern mit dem Weimarer Modernisten Erich Mendelsohn gearbeitet hatte, den Bau um einen Plenarsaal mit gläsernen Wänden, der zum Rhein geöffnet und damit auch für den Blick der Öffentlichkeit zugänglich war.[10] Anscheinend hatte der neue Kanzler Konrad Adenauer Schwippert persönlich ausgewählt. Obwohl Adenauer privat einen eher konservativen Geschmack hatte, erachtete er den Symbolismus von Modernität und Transparenz als wichtig für die neue Demokratie.[11] Die Diskussion über Design und Demokratie hatte bereits in der Weimarer Republik begonnen. Sie war somit weder völlig neu noch reduziert auf die öffentliche Architektur, was nicht zuletzt 1953 deutlichen Ausdruck in der Gründung der Ulmer Hochschule für Gestaltung fand. Obgleich die Bundesrepublik, im Gegensatz zu Weimar weitgehend befreit von kaiserlicher Regierungsarchitektur, die Chance hatte, ihre sozialen und politischen Ideen über Repräsentation in den sprichwörtlichen Stein zu meißeln, drehten sich die Debatten unter den Parlamentariern nicht vordringlich um einen bestimmten Stil.[12] Es ging nicht in erster Linie um Modernismus versus Klassizismus oder international versus national – obwohl die Regierung der DDR Bonn für das kosmopolitische und "un-deutsche", vom kapitalistischen Amerika beeinflusste Design kritisierte[13] und obwohl Schwippert seine Gestaltung des Bundeshauses als demokratisch begriff.[14]

Stattdessen ging es in der Diskussion um die Bescheidenheit um die Betonung des Provisorischen und Maßvollen im Einklang mit dem vorläufigen Charakter des westdeutschen Staates.[15] In Bonn sollte nichts dem Umzug nach Berlin, der künftigen Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschland, das 1950 noch greifbar nahe schien, im Weg stehen. Die architektonische Botschaft war teilweise auch nach außen gerichtet. Die Bescheidenheit sollte den Nachbarn Deutschlands zeigen, dass sie nichts zu befürchten hätten. Das Hauptinteresse der Mitglieder des ersten Haushaltsausschusses der Bundesrepublik galt jedoch der innenpolitischen Wirkung. Die neuen Regierungsgebäude sollten einfach, wenn nicht gar spartanisch, und offen zugänglich sein. Wo möglich, sollten bereits vorhandene Gebäude genutzt werden. Nach dem Besuch eines Auffanglagers für Heimatvertriebene merkte Pünder wie bereits erwähnt an, dass Baracken auch für hohe Regierungsbeamte angemessen wären – alles was prachtvoller wäre, würde den berechtigten Zorn der Menschen auf sich ziehen. Man würde ihnen nicht mehr gegenüberzutreten können, ganz zu schweigen von der Hoffnung, "das noch in Ruhe mit dem Volk draußen zu besprechen."[16] Die kürzlich durchgeführte Renovierungen im neoklassizistischen Palais Schaumburg, dem vorläufigen Amtssitz des Kanzlers – wiederum von Adenauer persönlich ausgewählt, dessen Begeisterung für die Symbolwirkung der architektonischen Moderne ihre Grenzen hatte – erzürnten ein Mitglied des Komitees. Die großzügige Neugestaltung des umliegenden Parks, die die Anlage von Tennisplätzen beinhaltete, und der durchgehende Austausch der tadellos funktionierenden Türen durch Kirschholztüren entsprachen "nicht dem Stil [...], der sich für unseres verarmtes Volk empfiehlt. Wir müssen diese Bauten vor dem Volk vertreten."[17] Das sei "unmöglich".[18] Diese und andere Maßnahmen seien "mit Recht auch in der Öffentlichkeit beanstandet worden".[19] Wenn Politiker Sympathie in der Öffentlichkeit finden wollten, müssten sie "einen einfachen und bescheidenen Stil haben."[20] Die Bundesrepublik müsse mit der

"Grossmannssucht" des Dritten Reiches brechen.[21] Auf die Vorwürfe antwortend stimmte Finanzminister Schäffer beschwichtigend zu, er bedauere es, wenn der Bund glaube, er müsse weiterhin auf Repräsentation aus sein.[22]

Noch Mitte der 50er Jahre, als der wirtschaftliche Aufschwung bereits eingesetzt hatte, fühlte sich das Finanzministerium im Zusammenhang mit der Einrichtung von Regierungsbüros genötigt, dem Haushaltsausschuss zu versichern, dass die Büros tatsächlich "zigarettenskastenartig[e]" und "verhältnismäßig bescheiden" seien. Dem Ministerium war klar, "daß [die Regierung] einer erhöhten öffentlichen Kritik anheimfällt, wenn sie bei der Einrichtung der Räume über das Zumutbare hinausgeht." [23]

Die Gefahr dafür schien gering. Die Gebäude in Bonn vermittelten offenkundig sehr erfolgreich das gewünschte Gefühl der Bescheidenheit, obgleich nicht zur Freude aller. Der führenden sozialdemokratische Politiker Adolf Arndt beschwerte sich in einer Rede im Jahr 1960, dass er zwar noch von keinem einzigen Besucher des Bundeshauses gehört habe, der sich nicht positiv über die Bescheidenheit und Kargheit des Gebäudes geäußert habe, aber nicht einer von ihnen auch überlege, welche Last dieses "wirr und billig aneinandergestückte Gehäuse" – er wollte es nicht einmal ein Gebäude nennen – für die Arbeit der Parlamentarier darstelle.[24]

Andere Politiker begannen ebenfalls darüber nachzudenken, dass sich die Architektursprache der Bundesrepublik ändern müsse. Im Zuge des Neubaus des Verfassungsgerichtes in Karlsruhe bestand der Haushaltsausschuss, dem teilweise die gleichen Politiker angehörten wie schon 1950 und 1955, darauf, "daß entsprechend der Bedeutung des Bundesverfassungsgerichtes ein repräsentatives Amtsgebäude errichtet werden solle." [25] Der Ausschuss wies die Idee zurück, das Gericht im früheren Herzogspalast unterzubringen. Es dürfe nicht in einem Gebäude richten, "das in den traditionellen Vorstellungen einen eigenen Charakter habe". [26]

Angesichts des wirtschaftlichen Aufschwungs Westdeutschlands und der sich festigenden Demokratie, die eine zwar kurze aber stabile Geschichte vorwies, war der Haushaltsausschuss nun eher bereit, sich von den Provisorien zu lösen und in eine architektonische Zukunft zu investieren. Nichtsdestotrotz blieb der ausgewählte Entwurf des Berliner Architekten Paul Baumgarten für das Bundesverfassungsgericht modernistisch und zurückhaltend. Dasselbe galt für den neuen Amtswohnsitz des Kanzlers, den "Kanzlerbungalow" des modernistischen Architekten Sep Ruf. Im Gegensatz zu den frühen Jahren der Bundesrepublik war der Wunsch Bonns nach Bescheidenheit in den 1960ern eng verknüpft mit dem Weimarer Modernismus-Diskurs über Transparenz und Offenheit. Dies galt sogar für die eher Konservativen unter den Mitgliedern des Haushaltsausschusses. Die Beschwerde des Christdemokraten Wilhelm Brese, dass die "quadratischen Glaspavillons [des Verfassungsgerichtes] nicht dem deutschen Nationalcharakter entspreche[n]" war eine Einzelmeinung, die sehr rasch von den anderen Mitgliedern des Ausschusses, darunter auch Parteikollegen und früheren Nationalsozialisten, zurückgewiesen wurde.[27] Aus den Diskussionen über den emotionalen Ausdruck einer Demokratie im Allgemeinen und einer, die aus den Trümmern eines totalitären und großwahnsinnigen Regimes aufgebaut wurde, im Besonderen, entwickelte sich in 50er Jahren eine weitreichende Übereinstimmung unter den Abgeordneten über die der Bundesrepublik angemessene Architektur.

Die wachsende Unzufriedenheit über die fehlende repräsentative Qualität der Bonner Bauten in den 1970er Jahren zeigt jedoch die historische Kontingenz von Bescheidenheit als erwünschte emotionale Praxis der westdeutschen Demokratie; und in den 1990ern wurden in den Debatten über die Gestaltung der Regierungsneubauten in Berlin stattdessen Selbstbewusstsein und hin und wieder (wenn auch zögerlich) Stolz als die erwünschten Gefühle erwähnt, die durch die Architektur beim Volk, beim Parlament und in der Weltöffentlichkeit erzeugt werden sollten.[28]

## Weiterführende Literatur

- Deborah Ascher Barnstone, *The Transparent State: Architecture and Politics in Postwar Germany* (Abingdon: Routledge, 2005).
- Christian Berndt und Robert Pütz, eds., *Kulturelle Geographien. Zur Beschäftigung Mit Raum Und Ort Nach Dem Cultural Turn* (Bielefeld: transcript, 2007).
- Joyce Davidson, Liz Bondi und Mick Smith, eds., *Emotional Geographies* (Aldershot: Ashgate, 2005).
- Lisa Findley, *Building Change: Architecture, Politics and Cultural Agency* (Abingdon: Routledge, 2005).
- Jeff Goodwin et al., eds., *Passionate Politics: Emotions and Social Movements* (Chicago: University of Chicago Press, 2001).
- Gertrud Lehnert, ed., *Raum und Gefühl. Der Spatial Turn und die Neue Emotionsforschung* (Bielefeld: transcript, 2011).
- George E. Marcus, *The Sentimental Citizen: Emotions in Democratic Politics* (State College: Pennsylvania State University Press, 2002).
- Till van Rahden, "Clumsy Democrats: Moral Passions in the Federal Republic", *German History* 29, no. 3 (2011): 485-504.
- Nina Verheyen, *Diskussionslust: Eine Kulturgeschichte des "besseren Arguments" in Westdeutschland* (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2010).
- Perri 6, Susannah Radstone, Corinne Squire and Amal Treacher, eds., *Public Emotions* (Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2006).

- [1] Zitiert in Michael Z. Wise, *Capital Dilemma: Germany's Search for a New Architecture of Democracy* (New York: Princeton Architectural Press, 1998), 32.
- [2] Zitiert in Thomas Maria Schaffrath-Chanson, "Die Entwicklung bundesdeutscher Repräsentationsarchitektur: Untersuchung zur politischen Ikonographie nationaler Baukunst im demokratischen System" (PhD diss., University of Cologne, 1998), 182.
- [3] Auch in den Nachkriegsdebatten von Politiktheoretikern wie Politikern bestand Konsens darüber, dass eine "bescheidene Demokratie" wünschenswert sei. Siehe Paul Nolte, *Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart* (München: Beck, 2005), 289-293.
- [4] Parlamentsarchiv (PA), 1. WP, 50. Sitzung des Haushaltsausschusses, 13. Juli 1950 – Hermann Pünder (CDU), 9.
- [5] Ibid. Bausch, 16.
- [6] Ibid. Pünder, 8.
- [7] Siehe z.B. Till van Rahden, "Clumsy Democrats: Moral Passions in the Federal Republic", *German History* 29, no. 3 (2011): 485-504; Nina Verheyen, *Diskussionslust: Eine Kulturgeschichte des "besseren Arguments" in Westdeutschland* (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2010) oder allgemeiner: Paul Hoggett und Simon Thompson, "Toward a Democracy of the Emotions", *Constellations* 9, no. 1 (March 2002): 106-29.
- [8] Für eine kurze Einführung siehe Davidson, J., M. Smith, L. Bondi, and E. Probyn. "Emotion, Space and Society: Editorial Introduction," *Emotion, Space and Society* 1, no. 1 (2008): 1-3 und Bondi, Liz, Joyce Davidson, and Mick Smith, "Introduction: Geography's 'Emotional Turn'," in *Emotional Geographies*, Joyce Davidson, Liz Bondi and Mick Smith, eds. (Aldershot: Ashgate, 2005), 1-16.
- [9] PA, 1. WP, 50. Sitzung des Haushaltsausschusses, 13. Juli 1950 – Pünder, 9.
- [10] Zu Schwippert und seinen Ideen von Transparenz siehe Deborah Ascher Barnstone, *The Transparent State: Architecture and Politics in Postwar Germany* (Abingdon: Routledge, 2005), 111-2.
- [11] Ibid. 115.
- [12] In diesem Sinne ist auch die Unterscheidung zwischen einer Bonner und einer Berliner Republik gerechtfertigt, da mit dem Umzug nach Berlin eine erneute Neuformulierung der architektonischen Repräsentation von Demokratie einherging. Siehe Wise, *Capital Dilemma*.
- [13] Siehe Wise, *Capital Dilemma*, 39-40.
- [14] Siehe Barnstone, *Transparent State*, 106, 115-6.
- [15] PA, 1. WP., 50. Sitzung des Haushaltsausschusses, 13. Juli 1950 – Pünder, 6.
- [16] Ibid. Pünder, 8.
- [17] Ibid. Paul Bausch (CDU), 11.
- [18] Ibid. 16.
- [19] Ibid. 15.
- [20] Ibid. 16.
- [21] Ibid. Zum Konflikt zwischen Schwippert und Adenauer über die Inneneinrichtung des Palais, in der Adenauer Schwipperts moderne Möbel ablehnte siehe Barnstone, *Transparent State*, 114-5.
- [22] PA, 1. WP., 50. Sitzung des Haushaltsausschusses, 13. Juli 1950 – Fritz Schäffer, 17.
- [23] PA, 2. WP, 116. Sitzung des Haushaltsausschusses, 12. Dezember 1955 – MinDirig Karl Friedrich Vialon (BMF), 15.
- [24] Adolf Arndt, "Demokratie als Bauherr", *Geist der Politik: Reden*, Adolf Arndt (Berlin: Literarisches Colloquium Berlin, 1965), 217-238, 226.
- [25] PA, 4. WP, 9. Sitzung des Haushaltsausschusses, 16. Februar 1962 – Friedrich Schäfer (SPD), 6.
- [26] PA, 3. WP, 138. Sitzung des Haushaltsausschusses, 27. Oktober 1960 – Friedrich Schäfer, 14.
- [27] PA, 4. WP, 108. Sitzung des Haushaltsausschusses, 23. Januar 1964 – Wilhelm Brese, 23.

[28] Siehe Wise, *Capital Dilemma*, 16-8, 158.

## **Zitierweise**

Philipp Nielsen, "Bonner Bauten: Demokratie und die Architektur der Bescheidenheit", in: *Geschichte der Gefühle - Einblicke in die Forschung*, Januar 2014, DOI: 10.14280/08241.17